Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 6

Buchbesprechung: Hinweise auf neue Bücher
Autor: M.F.-P. / Brügel, J.W.

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Durch ihr Bestreben, neues Leben in Wirtschaftssysteme zu pumpen, die durch ihre Natur keines gesunden Wachstums mehr fähig sind, haben sich die Amerikaner hier wie auch in Frankreich und Westdeutschland und vor allem in Griechenland in einen monströsen Widerspruch verwickelt. In Italien und vielleicht auch anderwärts bricht sich das Verständnis dieses Widerspruchs bei einer wachsenden Masse Bahn, die längst nicht mehr auf die Linksparteien beschränkt ist. Und mit dieser Erkenntnis kommt ein anderes: daß die mühsam eingehämmerten Schlagworte des Antikommunismus eigensüchtige Bestrebungen decken, die nichts zu tun haben mit patriotischen Grundsätzen, Prosperität oder Zivilisation, sondern diese Werte entschieden verneinen.

Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit

J. Valarché, Professor der Nationalökonomie an der Universität Fribourg, hat im Aprilheft der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» interessante Bemerkungen über das Problem der technologisch bedingten Arbeitslosigkeit publiziert. Die Verdrängung der menschlichen Arbeit durch die Maschine wird vom Verfasser untersucht: a) unter den Bedingungen der freien Konkurrenz; b) unter der Voraussetzung eines von monopolistischen Tendenzen beherrschten Wirtschaftslebens; c) im Rahmen einer staatlich gelenkten Wirtschaft. Die Schlußfolgerungen, zu denen der Autor gelangt, decken sich in vielen Punkten mit der von Marx entwickelten Theorie. Mit Recht hebt Valarché jedoch hervor, daß jene Arbeitslosigkeit, die ausschließlich durch technologische Fortschritte verursacht wird, von der durch andere Faktoren hervorgerufenen Arbeitslosigkeit statistisch nicht isoliert werden kann. A. E.

Hinweise auf neue Bücher

A Man Called White. Die Lebensgeschichte von Walter White. (Victor Gollancz Ltd., London 1949, 366 S.)

Obwohl dieses Buch, das den Kampf gegen die Negerunterdrückung in den USA schildert, vor allem für Amerikaner geschrieben ist, wird es von einem englischen Verleger herausgegeben, der glaubt, es könnte die Engländer dazu bringen, das bedauernswerte Los der Farbigen im Britischen Commonwealth besser zu verstehen. Es ist jedoch ein Buch für alle Weißen, denen menschliche Würde am Herzen liegt.

Walter White ist ein Neger, mit weißer Hautfarbe, blauen Augen, blonden Haaren. Vielleicht wäre er (wie dies 12 000 der 14 Millionen Neger der USA jedes Jahr tun) untergetaucht, wenn er nicht 1906, mit 13 Jahren in Atlanta, Georgia, einen Ausbruch von Rassenhaß durchgemacht hätte. Das Gebrüll des blutdürstigen Lynchpöbels, das er zeit seines Lebens nie vergessen sollte, machte ihm plötzlich klar, wohin er gehörte. Er beschloß, sein Leben dem Kampf gegen die Unterdrückung der Farbigen zu widmen. Dieser Aufgabe hat er sich mit solchem Erfolg hingegeben, daß Harold Ickes, der Innenminister Roosevelts, von ihm sagen konnte, er habe für diese Stiefkinder der Nation mehr getan als irgendein ein anderer in der Geschichte Amerikas.

Jahrelang war Walter White Sekretär der Nationalen Vereinigung für die Hebung der Farbigen. Für sie reiste er überall hin, um Fälle von Lynchmord zu untersuchen, mehr als einmal unter Gefahr seines Lebens. Für diese Vereinigung bearbeitete er die Abgeordneten, wenn irgendein Gesetz für die Rechte der Farbigen vor dem Kongreß lag. Tägliches Eintreten für die Benachteiligten gab ihm eine Kenntnis des amerikanischen Negerproblems, wie sie wohl wenige außer ihm besitzen. Seine Kenntnisse waren nicht aus zweiter Hand. Als sein 70jähriger Vater in Georgia überfahren wurde, brachte man ihn, da man ihn für einen Weißen hielt, in eine Klinik für Weiße. Sobald bekannt wurde,

daß er nicht rein weiß sei, trug man den schwer verletzten Mann vom Operationstisch weg durch den strömenden Regen in den Negerspital. Das Gebäude war düster und trotz den Anstrengungen der übermüdeten Krankenschwestern voller Ungeziefer und Ratten. Aber als sein Vater am Sterben war, kamen Weiße ins Zimmer, um von der Liebe Jesu und der Güte Gottes zu singen.

Als Amerika in den zweiten Weltkrieg hineingezogen wurde und Präsident Roosevelt ihn, der Behandlung der Negersoldaten wegen, um Rat ersuchte, machte Walter White ihn auf den Widerspruch aufmerksam, der darin lag, daß die amerikanische Armee gegen Hitlers Rassentheorien kämpfen mußte, während sie eine ähnliche Philosophie vertrat. 1944 ging Walter White nach den Kriegsschauplätzen als Korrespondent, um die Lage der Negersoldaten in Nordafrika, im Mittleren Osten und im Pazifik zu untersuchen. Er hatte Gelegenheit, seine Meinung vor den Kommandierenden zu vertreten. Die Beziehungen zwischen den weißen Amerikanern und den Schwarzen waren so schlecht, daß sie sogar die Vorbereitung für die Invasion der Normandie verlangsamten. Zunächst sahen die Generäle eine Lösung des Rassenproblems in der Armee darin, daß sie separate Negerabteilungen in weißen Regimentern zuließen. Später waren sie bereit, kämpfende Negertruppen völlig in den weißen Einheiten aufgehen zu lassen. Als nach der Rundstedt-Offensive die Offiziere und Mannschaften um ihre Meinung gefragt wurden, waren 77 Prozent für dieses Zusammengehen der beiden Rassen. Vorher waren nur 33 Prozent dafür gewesen.

Nach dem Ende des Krieges in Europa aber bekamen die Neger ihre niedrige Arbeit wieder. Im Flottenstützpunkt auf Guam fand White die gleichen Probleme in noch schlimmerer Form vor. Dort mußten die Neger den Dschungel roden, Flugfelder bauen usw., zwölf Stunden im Tag, sieben Tage in der Woche. Die Weißen warfen Steine, Bierflaschen und sogar Handgranaten in ihr Lager. Als die Neger sahen, daß ihre Offiziere auf diese Gemeinheiten nicht reagierten, fanden sie, es sei verlorene Zeit, sie zu rapportieren. Als an Weihnachten einige Neger in eine benachbarte Stadt gingen, wurde auf sie gefeuert. Sie wurden aus der Stadt getrieben. (Wie in den USA spielte sexuelle Eifersucht eine Hauptrolle.) Ein Weißer mit einem Maschinengewehr feuerte in das Negerlager. Einige Neger antworteten darauf. 44 Neger wurden schließlich verhaftet und verurteilt. Erst viel später, als Walter White dem Flottenminister und dem Weißen Haus den wahren Sachverhalt mitteilen konnte, wurden die Neger freigesprochen. Kein Wunder, daß viele Neger im Pazifik sagten: «*Unser* Kampf für die Demokratie beginnt erst, wenn wir in San Francisco an Land gehen.»

Als Walter White in Holländisch-Neuguinea war, hatte er Gelegenheit, die Versprechungen der Königin mit der Wirklichkeit zu vergleichen, und es wurde ihm klar, daß alle Kriegswaffen, die man ausdenken kann, niemals genügen werden, um das Verlangen der Farbigen wie auch der benachteiligten Weißen nach einer anständigeren, einer gerechteren Lebenshaltung zu unterdrücken. «Wir scheinen so absolut unfähig, diese einfache Tatsache zu begreifen», sagte White.

Dieses Verlangen der Weißen in den USA lernte White kennen, als er nach Detroit gerufen wurde, um die Ursachen verschiedener Streiks zu untersuchen. In den Fordwerken dienten viele Neger als Streikbrecher, da Ford ihnen die Möglichkeit geboten hatte, sich über die Stellung von Portiers oder Handlangern emporzuarbeiten. Es gelang der Gewerkschaft (CIO) durch ihr Anerbieten von gleichem Lohn für gleiche Arbeit, viele Neger für sich zu gewinnen. In den Rassenunruhen des Jahres 1943 kämpften weiße Gewerkschafter gegen weiße, um Negerarbeiter zu schützen, während anderseits Neger gegen Neger kämpften, um weiße Kollegen zu schützen. Walter White sah, wie eng das Schicksal der Neger mit demjenigen der weißen Arbeiter verbunden ist. Als Walter Reuther ein unparteiisches Komitee nach Detroit einberief, um Zeugen aus beiden Lagern des General Motors Streiks anzuhören, sah White, wie gerissene Konzernanwälte es der Verwaltung ermöglichen, die Kontrolle der amerikanischen Industrie in den Händen einer kleinen Oligarchie zu konzentrieren, zum Nachteil von Aktienbesitzern und Arbeitern. Er frug sich, wie lang ein System der freien Wirtschaft unter solchen Bedingungen sich halten könne.

Auch an der Konferenz von San Francisco, wo er und Mr. Du Bois als Berater der amerikanischen Delegation anwesend waren, um die Vertretung der Farbigen vorzutäuschen, war White erstaunt, zu sehen, wie Amerikas Beitrag zum Bau einer Welt ohne

Krieg durch Rassenvorurteile eingeschränkt wurde. Ein zynisches Lächeln war auf vielen Gesichtern zu sehen, als amerikanische Delegierte von Gerechtigkeit für alle Menschen sprachen. Nicht nur die Erklärung der Menschenrechte wurde damals verschoben, sondern der Druck der Kolonialmächte verhinderte sogar, daß ein wirksamer Apparat geschaffen wurde, um dem Kolonialsystem ein Ende zu setzen. Es hat Zeiten gegeben, sagt Walter White am Schluß seines Buches, da «ich befürchtete, die Geduld der Farbigen sei bald zu Ende. Ich erinnere mich des Tages in Georgia, wo ich als 13jähriger Bub neben meinem Vater stand, mit der Waffe in der Hand, voller Angst, ich müsse auf Weiße schießen und würde dann selbst umgebracht werden... Und doch weiß ich, daß dieses Töten, dieser Haß nicht nötig ist. Ich bin Weiß und ich bin Schwarz. Ich weiß, daß es zwischen ihnen keinen Unterschied gibt.»

Obwohl White einsieht, daß es möglich wäre, in den USA den bestehenden Unterschied zwischen Schwarzen und Weißen wie zwischen reich und arm abzuschaffen — in diesem Amerika, das er trotz allem liebt, dem er treu bleiben will —, verliert er manchmal seinen Glauben an den demokratischen Prozeß, wenn er sieht, mit welchen Mitteln in Washington gekämpft wird. Sein Buch sollte vielen Menschen — nicht nur in Amerika — die Augen öffnen für die große Gefahr, daß, wenn «dieses Recht auf Arbeit, auf ein anständiges Heim, auf Gerechtigkeit nicht allen Amerikanern zuerkannt wird, es bald keine Rechte für irgend jemanden geben dürfte». Denn bis eine große Änderung eintritt, «ist die Demokratie und sogar die menschliche Zivilisation in größter Gefahr der Vernichtung durch Rassenvorurteil». M. F.-P.

Dr. Ed. Zellweger, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit des Staates für die Presse unter besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Praxis. — Polygraphischer Verlag, Zürich, 1949.

Mit wahrem Bienenfleiß hat Eduard Zellweger das Material über die völkerrechtliche Verantwortung der Presse zusammengetragen und kritisch verarbeitet, wobei er sich nicht auf das Thema im engen Sinne beschränkt, sondern Dinge in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen hat — zum Beispiel alle über die Grenzen eines Staates hinaus wirkende politische Propaganda, die Aufforderung zum Boykott usw. —, die weit über den Rahmen speziell preßrechtlicher Fragen hinausgehen. Wenn das Resultat seiner Untersuchungen enttäuschend ist, liegt das nicht am Autor, sondern an der Spärlichkeit, aber auch an der Unwirksamkeit positiver völkerrechtlicher Normen, die dieses Gebiet regeln. Der Verfasser bezeichnet als die beiden Gegenpole im Pressewesen «das Regime des staatlichen Pressemonopols und das Regime der Pressefreiheit». Im ersteren Falle hafte der Staat unmittelbar, und für eine für das Oberhaupt eines andern Staates beleidigende Behauptung seiner journalistischen Handlanger sei er voll verantwortlich: es ist völkerrechtliches Unrecht gesetzt worden. Mit dieser These wird kaum jemand rechten, aber gerade der Charakter der Regime mit staatlichem Pressemonopol verhindert es, daß sie — wenn man sie nicht mit Krieg überziehen will — völkerrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. Wären sie nicht, was sie sind, dann entstünde kein völkerrechtliches Delikt, aber aus dem gleichen Grunde können diese nie eine Remedur erfahren. Die Presse des Dritten Reichs hat Roosevelt als Kriegshetzer beschimpft, und die kominformistische Presse tut nun Truman gegenüber das gleiche. (Das Goebbels-Zitat, das Zellweger wiedergibt, könnte, wenn man ein einziges Wort darin ändert, heute in der Moskauer «Prawda» erscheinen, ohne daß es irgendjemandem auffiele: «Bei uns übt die Presse eine wichtige Funktion des staatlichen Lebens aus. Sie ist zu einem Träger öffentlicher Pflichten geworden. Die deutsche Presse hat positiv in dem Zusammenspiel der staatlichen Kräfte mitzuwirken, es sind ihr somit gleichwertige Aufgaben zugewiesen wie etwa der Verwaltung oder der Schule.») Die neueste (von Zellweger nicht registrierte) Moskauer Theorie von der Heiligkeit des Prinzips der Staatssouveränität ist, konsequent zu Ende gedacht, das Ende jedes Völkerrechts, das dem Gedanken des Bestehens einer überstaatlichen, rechtsetzenden Autorität entspringt.

So richtig Zellwegers Bemerkungen über die Regime mit staatlichen Presse- und Informationsmonopolen sind, so sagen sie uns doch nicht viel Neues. Hätte der Verfasser seine Arbeit nicht schon im März 1949 abgeschlossen, hätte er auch noch das durch den Zusammenprall zwischen zwei unvereinbaren Auffassungen hervorgerufene Scheitern aller

Bemühungen verzeichnen können, im Rahmen der Vereinten Nationen die ohnehin mageren Ergebnisse der Genfer Internationalen Konferenz für Informationsfreiheit (März—April 1948) in positive völkerrechtliche Normen umzusetzen. Fruchtbarer sind Zellwegers Erörterungen dort, wo er sich mit der Stellung der Presse in den freien Ländern beschäftigt, in denen ja auch nur ein beschränktes Maß von Pressefreiheit besteht: beschränkt durch den privatkapitalistischen Charakter des Großteils der Presseunternehmungen, aber auch durch die Erpressungen an der Meinungsfreiheit, denen zumindest die Presse der kleineren Staaten seitens der Diktatoren ausgesetzt ist. Auch diese Unsitten sind nicht zusammen mit dem deutschen Nationalsozialismus abgestorben, trotzdem dürften die vom Dritten Reich der Schweiz und ihrer Presse gegenüber eingeschlagenen Methoden der systematischen Einschüchterung in der Zukunft als Schulbeispiel zitiert werden, und darum ist Zellwegers gründlich belegte Darstellung dieser erpresserischen Kampagne und ihres teilweisen Erfolges außerordentlich wertvoll. (Der Hinweis auf Seite 57 auf die «teils kritische, teils feindliche Einstellung der schweizerischen Presse zum nationalsozialistischen Deutschland, die sich in mehreren Blättern der Linken zu offenkundigen und wiederholten Beleidigungen der nationalsozialistischen Staatsführung gesteigert hatte», stellt wohl ein Zitat und nicht die Meinung des Autors dar; er ist sicher nur versehentlich nicht als Zitat bezeichnet.) Es belebt die Behandlung eines für Laien recht schwierigen Gebietes, daß Zellweger seine Betrachtungen auch an Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit belegt und zum Beispiel die Angriffe der Kominformpresse auf das Titoregime völkerrechtlich zu werten sucht; hier wurde ein Grad der Verquickung parteipolitischer mit staatspolitischen Elementen erreicht, wie sie selbst der deutsche Nationalsozialismus nie gekannt hat. Das Feuer gegen Tito wurde durch eine parteipolitische Resolution eröffnet (manche ihrer Unterzeichner wurden übrigens inzwischen wegen protitoistischer Einstellung hingerichtet!), aber ihr folgte ein von den «Volksdemokratien» als Staaten eingeleiteter Boykott und ein Austausch diplomatischer Noten bis zu einem faktischen Abbruch diplomatischer Beziehungen. Die völkerrechtliche Verantwortung der kominformistischen Presse könnte also schwer geleugnet werden.

Zellweger analysiert das Problem vom Gesichtspunkt des Völkerrechtlers, und er ist sich sehr wohl dessen bewußt, daß man angesichts der weltpolitischen Gegensätze auf dieser Bahn nicht sehr weit vorwärts kommen kann. «Kein neues Recht», stellt er fest, «kann diesen Gegensatz überbrücken; nur aus seiner Überwindung wird neues universelles Recht entstehen.» Aber seine Betrachtungen könnten und sollten zur Grundlage einer Untersuchung genommen werden, die den sozialistischen Standpunkt zur Frage der Pressefreiheit im liberalen Staat, zur Frage der systematischen Verfälschung der Wahrheit in der kapitalistischen Presse teils aus Sensationslust, teils aus der dem Beruf innewohnenden Oberflächlichkeit, teils aus politischer Absicht, und die Frage der Bekämpfung dieses Übels innerhalb demokratischer Lebensformen zu formulieren trachtet — wobei es sich von selbst verstünde, daß man dieses Übel, gemessen an dem der staatlich dirigierten Presse, als das kleinere anerkennt.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß der Name des russisch-amerikanischen Autors B. Mirkine-Guetzevitch in Zellwegers Buch wiederholt falsch wiedergegeben wird.

J. W. B.

Ein Hinweis

In Heft 4 dieser Zeitschrift war ein Artikel über *«20 Jahre obligatorische Krankenversicherung der Stadt Zürich»* enthalten. Leider hat es der Verfasser unterlassen, darauf hinzuweisen, daß er sich dabei weitgehend auf eine außerordentlich wertvolle und eingehende Arbeit zu diesem Thema stützte, die die Herren Kantonsrat A. Acker, Vorsteher des städtischen Amtes für Sozialversicherung, und Dr. A. Senti, Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Zürich, in Heft 3/1949 der «Zürcher Statistischen Nachrichten» publiziert haben.

E. H.